

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Siebenjährige Blockade

HANS GÜNTER BRAUCH

Abrüstungskonferenz: Schatten Nordkoreas und Iraks – Jugoslawien von der Mitgliederliste gestrichen – Noch immer kein Arbeitsprogramm – Bemühungen einer Fünfergruppe ohne nachhaltigen Erfolg

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Hans Günter Brauch, Kein Arbeitsprogramm, VN 2/2003 S. 59f., fort.)

Die Dauerblockade bei der *Abrüstungskonferenz (CD)* in Genf, die seit 1997 vorherrscht, konnte auch 2003 nicht überwunden werden. Das Gremium trat wieder zu drei Sitzungsperioden zusammen: vom 20. Januar bis zum 28. März, vom 12. Mai bis zum 27. Juni und vom 28. Juli bis zum 10. September 2003. Dabei lösten sich Indien, Indonesien, Irland, Israel, Italien und Japan in der Präsidentschaft ab. Im fünften aufeinanderfolgenden Jahr konnte sich die CD nicht auf eine Tagesordnung einigen. Auch ein Arbeitsprogramm wurde nicht aufgestellt. Überschattet wurde die Zusammenkunft von der Ankündigung der Demokratischen Volksrepublik Korea vom 10. Januar, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verlassen zu wollen, sowie am 20. März durch den Angriff der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auf Irak. Von der Mitgliederliste der CD endgültig gestrichen wurde Ende Februar Jugoslawien. Anders als in der Übersicht in dieser Zeitschrift angegeben (VN 2/2003 S. 72) trat Serbien und Montenegro – so der neue Name der vormaligen Bundesrepublik Jugoslawien seit dem 4. Februar 2003 – nicht die Nachfolge des ›alten‹ Jugoslawien der Ära Tito in der CD an. Alle fünf Nachfolgestaaten der früheren Sozialistischen Föderativen Republik können jedoch auf Wunsch an der Arbeit der Konferenz teilnehmen, wie andere interessierte UN-Mitglieder auch.

Gleich im Januar unterbreiteten Algerien, Belgien, Chile, Kolumbien und Schweden – die schon 2002 eine Initiative zur Belebung der Konferenz ergriffen hatten – einen Vorschlag zur Auflösung der Blockade in Fragen der Weltraumrüstung und der nuklearen Abrüstung, der an eine Initiative des damaligen brasilianischen UN-Botschafters Celso Amorim vom August 2000 anknüpfte. Die fünf Staaten schlugen wiederum Ad-hoc-Ausschüsse zu negativen Sicherheitsgarantien, zur nuklearen Abrüstung, zu einem Vertrag zum Verbot der Herstellung spaltbaren

Materials sowie zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum vor. Als Vertreter der an die Tradition der Blockfreien anknüpfenden ›Gruppe der 21‹ sprach sich Mohammad Reza Alborzi (Iran) für die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses zur nuklearen Abrüstung und für den Abschluß eines rechtlich verbindlichen Instruments zu negativen Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten aus.

Der US-Vertreter Stephen G. Rademaker, Vizeaußenminister mit Zuständigkeit für Rüstungskontrolle, wandte sich im Februar gegen die turnusmäßige Übernahme der CD-Präsidentschaft durch Irak und wiederholte die Kritik seines Landes an der Umsetzung der Abrüstungsresolutionen des Sicherheitsrats durch Bagdad. Er forderte eine baldige Aufnahme von Verhandlungen über eine Einstellung der Produktion von spaltbarem Nuklearmaterial, welche nicht mit anderen Fragen verknüpft werden dürfe.

Iran und Irak verzichteten auf die Übernahme des Vorsitzes; dieser wäre Irak ausgerechnet im März zugefallen. Der Kriegsbeginn am 20. März 2003 veranlaßte den Vertreter Ägyptens dazu, sich gegen die Anlegung von zweierlei Maß an Irak und an Israel in der Abrüstungsfrage auszusprechen. Sieben Tage nach Beginn des dritten Golfkriegs kam es zu einem Wortgefecht zwischen den USA und Irak, an dem sich auch die Vertreter Syriens und Großbritanniens beteiligten.

Zu Beginn der zweiten Sitzungsrunde berichtete die irische Botschafterin Mary Whelan über ihre vergeblichen Bemühungen in der Tagungspause, den Engpaß zu überwinden. Ansonsten wurde die Gelegenheit genutzt, über aktuelle Entwicklungen zu informieren. So berichtete am 5. Juni 2003 der Vertreter Frankreichs, Hubert de la Fortelle, über die Ergebnisse des G-8-Gipfels vom 1. bis 3. Juni 2003 in Evian insbesondere zur Frage der Nichtweitergabe von Kernwaffen und zum Terrorismus, während die USA, vertreten durch Sherwood McGinnis, die Ratifizierung des amerikanisch-russischen Vertrags zur Abrüstung strategischer Offensivwaffen durch die Präsidenten Bush und Putin am 1. Juni in St. Petersburg anzeigten. Italiens Botschafter Carlo Trezza machte in der dritten Runde mit Recht die gegenwärtigen internationalen Umstände für die fehlenden Fortschritte verantwortlich.

Immerhin deuteten sich gewisse Auflockerungen an. Im August zeigte der Vertreter Chinas seine Bereitschaft, den Vorschlag der fünf Botschafter zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufes im Weltraum (PAROS) anzunehmen, der am 26. Juni durch den Vertreter Belgiens unterbreitet worden war. Auch Rußland zeigte sich bereit, in einen Konsens zugunsten der Initiative der fünf Botschafter einzustimmen. Dennoch dokumentiert der zum Abschluß der dritten Sitzungsperiode angenommene Jahresbericht (UN Doc. A/58/27) lediglich erneut den Stillstand. □

Wirtschaft und Entwicklung

Genf 2003, Tunis 2005

ALFREDO MÄRKER

ITU: WSIS I – Digitale Kluft – Charta der Informationsgesellschaft als Ziel – Suche nach gemeinsamer Vision – Streitfragen geistiges Eigentum, Menschenrechte, Internetaufsicht

Die Weichen für die inhaltliche und technische Entwicklung der globalen Wissens- und Informationsgesellschaft in den nächsten Jahrzehnten sollten auf der einzigen Großkonferenz der Vereinten Nationen des Jahres 2003 gestellt werden. Entsprechend breit gestreut und komplex waren die Themenfelder, die auf dem *Weltgipfel über die Informationsgesellschaft* (World Summit on the Information Society, WSIS) zur Sprache kamen: sie reichten von der Sorge über Cyberterrorismus, Netzsicherheit und Datenschutz sowie Themen wie Internetverwaltung und Urheberrecht bis hin zum weltweiten Netzzugang. Die schrittweise Überwindung der digitalen Kluft zwischen armen und reichen Ländern war das wichtigste Anliegen des Gipfels, der vom 10. bis 12. Dezember 2003 in Genf zusammentrat. Er ging, wie es bei derartigen Tagungen der Brauch ist, mit einer Grundsatzerklärung (Aufbau der Informationsgesellschaft: eine globale Herausforderung im neuen Jahrtausend, UN-Dok. WSIS-03/GENEVA/DOC/4) und einem Aktionsplan (WSIS-03/GENEVA/DOC/5) zu Ende.

I. Zu der dreitägigen Veranstaltung in Genf kamen weit mehr als 10 000 Personen – unter ihnen rund 50 Staats- oder Regierungschefs – zusammen. Allerdings war dies nur der erste Akt des Gipfelereignisses. Denn erstmals in der Geschichte der UN-Gipfel wurde das Treffen von vorneherein als zweiteilige Veranstaltung angelegt, was auch der Themenvielfalt des WSIS geschuldet sein dürfte. Teil II wird vom 16. bis 18. November 2005 in Tunis stattfinden und soll die Gelegenheit bieten, die zwischenzeitlich in die Wege geleiteten Maßnahmen zu überprüfen. Bis dahin bleibt Zeit, um streitig gebliebene Fragen zu klären und um jene umfassende ›Charta der Informationsgesellschaft‹ zu entwickeln, die am Ende des gesamten WSIS-Prozesses stehen soll.

Die Initiative für den Gipfel geht auf die ITU zurück. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen machte sie sich am 21. Dezember 2001 in ihrer Resolution 56/183 zu eigen; die Federführung für die Gipfeltagung und ihren Vorbereitungsprozeß wurde der ITU übertragen. Die Generalversammlung nahm ausdrücklich Bezug auf die Millenniums-Entwicklungsziele